

(CRMA) vorgestellt, der die Versorgungssicherheit der EU sichern soll. Die dort definierten kritischen und strategischen Rohstoffe sind zum Großteil Metalle. Sie sind für die Versorgungssicherheit der Industrie und insbesondere für Zukunftstechnologien zentral. Mit dem CRMA möchte die EU sowohl Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern als auch strategische (Bergbau-) Projekte innerhalb und außerhalb der EU fördern, den Anteil der Verarbeitung von Primärrohstoffen erhöhen und Kreislaufwirtschaft ausweiten. Für die Finanzierung von Projekten gibt es bisher nur vage Absichten und alleine mit der Beschleunigung von Lizenzvergaben wird die EU auch kaum mehr Bergbau anziehen. Ökologische und soziale Standards sind zwar vorgesehen, fallen aber deutlich hinter aktuelle Gesetzgebungen zurück. Zudem sieht der Kommissionsentwurf keinerlei Suffizienz und Reduktion vor. Der Gesetzesprozess muss bis Anfang 2024 abgeschlossen sein und als Teil des Green Deal der EU präsentiert werden.

Die Batterieverordnung wurde 2023 verabschiedet und beinhaltet als modernstes Gesetz umfangreiche Vorgaben zu Recyclingquoten, Rezyklateinsätzen, Reparaturfähigkeiten sowie menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten. Von der EU-Kommission wurde sie immer wieder als Blaupause für weitere, produktspezifische Gesetze genannt. Diese herausragende Bedeutung findet sich im CRMA aber nicht wieder.

Auch die EU Mining Waste Directive könnte in der nächsten Legislatur ein Update bekommen. Sie gilt als veraltet und im CRMA werden einige Modernisierungsaspekte (z.B. Datentransparenz zu Rohstoffen in alten Halden) angesprochen. Das europäische Lieferkettengesetz CSDDD ist in seiner Finalisierungsphase. Skeptiker*innen befürchten, dass der Prozess zu lange dauern könnte und nicht mehr in dieser Legislatur verabschiedet werden könnte.

3. Deutschland

Das deutsche Kreislaufwirtschaftsgesetz (BMUV) ist bisher abfallrechtlich geprägt und es gibt keine wirklich durchgreifenden Regelungen entsprechend des europäischen Verständnisses einer Circular Economy. Die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie soll im nächsten Jahr ins Bundeskabinett, doch soll die Reduktion der Primärverbräuche keine Rolle spielen.

Wichtigster Akteur in der deutschen Rohstoffpolitik bleibt das BMWK. Das im Januar 2023 vorgelegte Update der Rohstoffstrategie unter dem Namen „Eckpunktepapier [...]: Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung“ ergänzt die drei Jahre alte Strategie, bleibt aber auf Versorgungssicherheit fokussiert. Auch das BMZ arbeitet aktuell an einer Sektorstrategie, hier ist die letzte etwa 15 Jahre alt. Das Innen- und Außenministerium haben im Sommer 2023 mit ihrer Sicherheitsstrategie sowie mit der China-Strategie die Rohstoffversorgung stärker ins Zentrum des Interesses gerückt. Institutionell gelten die dem BMWK unterstellten und Politik beratenden Institutionen BGR und DERA als prägend für die europäische Debatte im CRMA für Daten und Informationen zu Lieferketten und Versorgungssicherheit.

4. Einordnung

Zusammenfassend kann man die Rohstoffpolitik bezüglich Metalle als eine nachholende Entwicklung kennzeichnen. Die verstärkte Aufmerksamkeit ist insbesondere geo- und sicherheitspolitisch getrieben mit dem Fokus Versorgungssicherheit für uns in Deutschland und in Europa. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau an Regelungen gibt es neue Strategien und gesetzliche Initiativen mit einem Blick auf die Lieferketten.

Die großmaßstäbliche Dissipation und Verschwendung von Metallen ist bisher kaum im Bewusstsein. Der anhaltende Trend zu einer Vermischung und damit dem Erschweren vom

Rezyklieren wesentlicher Technologiemetalle rückt die Realisierung der angestrebten Ziele in weite Ferne. Die Dynamik der digitalen Transformation mit einer zunehmenden Vermischung und dem Verlust von Technologiemetallen wird noch kaum verstanden. Die grundlegende Nichtnachhaltigkeit im vorherrschenden Umgang mit Metallen ist bisher nahezu kein Thema. Damit gibt es trotz erkennbarer Fortschritte der Politik eine grundlegende Differenz bezogen auf die Notwendigkeit einer durchgreifenden Rohstoffwende Metalle und der Notwendigkeit diese ernsthaft anzugehen. Erste positive Ansätze zeigen sich etwa in der Batterieverordnung.

Positiv ist, dass die Bedeutung von Basismetallen ebenso wie von Technologiemetallen als Voraussetzung der Energiewende und der Mobilitätswende inzwischen angekommen ist. Dabei wird aber die Mengendynamik bisher nicht in Frage gestellt. Die unterstellten Zuwachsraten – ob im Primärbergbau oder im Recycling – werden sich nicht ausgeben (Zeitskalen Ausbau von Minen, Aufbau von wettbewerbsfähigen Recyclingclustern, etc.).

Die aktuellen Strategien der EU und von Deutschland sind unrealistisch. Bezogen auf die Potenziale des Bergbaus und damit der Primärmetalle sind wir in Europa und in Deutschland Habenichtse. Die EU ebenso wie Deutschland treten auf, als ob sie den anderen Vorgaben machen könnten. Dies entspricht nicht den realen Verhältnissen.

Stand: 19. Oktober 2023